

I. Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Darstellung der Sozialisierungskonzeption der Parteien von Nordrhein-Westfalen in der Nachkriegszeit in der nordrhein-westfälischen Nachkriegspresse.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgten bei den deutschen Politikern und den Alliierten Überlegungen über die Form einer Neuordnung der Grund- und Schwerindustrien, die sich nicht nur auf die deutschen Industrien beschränkten. Die Neuordnung der Montanindustrie, und eventuell auch ihre Sozialisierung war in der Nachkriegszeit ein gesamteuropäisches Thema.¹

Die Überlegungen zur Neuordnung der deutschen Montanindustrie erfolgten vor dem Hintergrund der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland. Waren für die Alliierten in den Westzonen rein politische Gründe maßgebend für eine wirtschaftliche Neuordnung, so erfolgten die Forderungen der deutschen Politiker auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Grundlage für die Politik der Alliierten im Nachkriegsdeutschland stellte die auf der Konferenz in Casablanca 1943 verkündete Formel der bedingungslosen Kapitulation dar.

Der deutschen Bevölkerung wurde damit jede Selbstbestimmung und Mitsprache entzogen; für die Militärverwaltungen ergab sich aus dieser Formel die Notwendigkeit, jedes Detail der Verwaltung und des Neuaufbaus Deutschlands durch Bestimmungen festzulegen.

Die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Alliierten für Deutschland finden sich in dem Kapitel über die wirtschaftspolitischen Prinzipien im Potsdamer Abkommen. Darin heißt es in Bezug auf die Politischen Prinzipien, dass die komplette Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands das Ziel sei, von dem sich der Alliierte Kontrollrat leiten lässt. Aus diesem Grund soll die Industrie, die für die Produktion von Kriegsgütern genutzt werden könnte, aufgelöst und kontrolliert werden.²

Um die deutsche Kriegsproduktion zu zerstören, wird die Herstellung sämtlicher Waffen und Kriegsausrüstungen, sowie die Produktion von Flugzeugen und Schiffen verboten und verhindert. Die Produktion von Metall, Chemikalien und anderen Stoffen, die unmittelbar zur Kriegsproduktion benötigt werden, sollen genau kontrolliert und auf den deutschen Nachkriegsbedarf beschränkt werden.³

¹ Horst Lademacher, Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr Raum, in: Josef Foschepoth / Rolf Steininger, Die britische Deutschlandpolitik 1945 – 1949, S. 101.

² Protocol of the Proceedings of the Berlin Conference, in: Foreign Relations of the U.S. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II, Washington 1960, p. 1479.

³ a.a.O., p. 1483.

Ferner wird festgestellt, dass die deutsche Wirtschaft zum frühestmöglichen Datum dezentralisiert werden soll, um die gegenwärtige Konzentration der Wirtschaftsmacht, wie sie sich im Besonderen durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere monopolistische Gebilde darstellt, aufzulösen. Trotzdem sollen bestimmte Formen der zentralen Lenkung, insbesondere im Bereich Finanzen, Transport und Kommunikation beibehalten oder wiederaufgebaut werden.⁴

Zwar konstatierten die drei Alliierten im Potsdamer Abkommen noch die Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, doch bildete sich durch die zonale Einteilung und die unterschiedlichen ideologischen Auffassungen der Besatzungsmächte sehr schnell ein zerstückeltes Wirtschaftsgebiet heraus.

Kernpunkt der nach Potsdam durchgeführten deutschlandpolitischen Konferenzen waren neben der Regelung der ostdeutschen Grenze die Behandlung des Ruhrgebietes. Die Alliierten waren sich darüber einig, dass die Schwerindustrie und die von ihr ausgehende wirtschaftliche Macht Hitler den Weg zur Macht, und damit den 2. Weltkrieg ermöglicht hatte.

Steininger stellt fest, dass die britischen Planungsbehörden sich zwar sehr früh über die Wichtigkeit und die Komplexität der Ruhrfrage im Klaren waren, trotzdem aber kein Konzept für die Behandlung der Ruhrindustrien ausgearbeitet hatten. In der Anfangsphase der alliierten Deutschlandkonferenzen war eine Separatstaatbildung für das Ruhrgebiet vorgesehen. Sowohl die sowjetischen als auch die französischen und britischen Konzeptionen sahen vor, die Ruhrindustrie internationaler Kontrolle zu unterstellen, sowie das Gebiet um Rhein und Ruhr militärisch zu besetzen.⁵

Im Zuge der Verhärtung der politischen Positionen zwischen den USA/Großbritannien und der Sowjetunion kristallisierte sich in der britischen Regierung die Auffassung heraus, die Ruhrwirtschaft zu internationalisieren, sie aber politisch bei Deutschland zu belassen. Internationalisierung bedeutete in diesem Zusammenhang, die Schlüsselunternehmen in den Besitz der an der Kontrolle Deutschlands beteiligten Staaten zu überführen und die Ruhrproduktion auf Halbfertigwaren zu beschränken.⁶

Die Bestrebungen der Sowjetunion, eine Zentralregierung in Deutschland zu errichten, führten zu dem Entschluss der britischen Regierung, die Ruhr der wirtschaftlichen und politischen Kontrolle einer Zentralregierung unter kommunistischer Ägide zu entziehen. „Über ein von Deutschland abgetrenntes und von den Alliierten besetztes Ruhrgebiet werde man

⁴ ebenda; vgl. dazu: Rolf Steiniger, Großbritannien und die Ruhr, in: Walter Först, Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung, Köln 1982, S. 11f.

⁵ Steininger, Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., S. 12f; vgl. dazu auch: Horst Lademacher, Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr Raum 1945 – 1948, in Scharf/Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945 – 1949, Wiesbaden 1979, S. 51 – 92.

⁶ ders., S. 15.

mehr Kontrolle haben als über ein Ruhrgebiet, das ein Teil eines Deutschlands mit einer kommunistischen und von den Sowjets beherrschten Regierung sei.“⁷

Die Bestrebungen der KPD zur Fusion mit der SPD in der sowjetischen Besatzungszone und die Einschätzung der sowjetischen Politik insgesamt als imperialistisch, führten im britischen Foreign Office zu Überlegungen darüber, wie der Einfluss einer deutschen, von Kommunisten beherrschten Zentralregierung auf die Besatzungszonen zu schwächen war.⁸ In der Folge dieser Überlegungen entstand das Konzept der Länderbildung und der Sozialisierung der Industrien in der britischen Zone.⁹

Es sollte ein neues Land gegründet werden, das das Ruhrgebiet einschloss. Die Grundindustrien sollten in deutschem Besitz bleiben und von deutschem Management geleitet werden. Die Betriebe sollten sozialisiert werden.¹⁰

Im folgenden soll deskriptiv-analytisch untersucht werden, welche Einstellung in den Parteien zur Neugestaltung der deutschen Montanindustrie vorhanden waren, wie sie sich im Laufe der Nachkriegszeit bis zu den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949 entwickelten.

Zugleich erfolgt eine Untersuchung der Darstellung der jeweils parteieigenen Konzeption und der Auseinandersetzung mit den Konzeptionen der gegnerischen Parteien in den Tageszeitungen.

Die dazu benutzte Tagespresse stammt zum einen aus dem Bereich Ostwestfalen. Zu nennen sind hier:

- „Freie Presse“, Bielefeld,
- „Westfalen-Zeitung“, Bielefeld,
- „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“, Detmold.

Zum anderen stammen die ausgewählten Zeitungen aus städtischen Bereichen. Zu nennen sind hier:

- „Westfälische Rundschau“, Dortmund,

⁷ ders., S. 16.

⁸ „Damals schrieb Außenminister Bevin in einem persönlichen Brief an Premierminister Attlee: '(...) die Russen haben sich zu einer aggressiven Politik entschlossen, die sich auf militanten Kommunismus und russischen Chauvinismus gründet. Sie schrecken offensichtlich vor nichts zurück und gehen bis an den Rand des Krieges, um ihre Ziele zu erreichen.'“ Rolf Steininger, Im Westen was Neues, S. 19.

⁹ Steininger, Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., S. 16f.; vgl. dazu auch: ders., Ein neues Land an Rhein und Ruhr: Großbritannien und die Entstehung Nordrhein-Westfalens, a.a.O.

¹⁰ Steininger, Großbritannien und die Ruhr, a.a.O., S. 19.

- „Rheinische Post“, Düsseldorf,
- „Westdeutsches Volks-Echo“, Dortmund.

Für das Zentrum und die FDP konnten die beiden jeweils parteinahen Zeitungen

- „Rhein-Ruhr-Zeitung“, Essen,
- „Neuer Westfälischer Kurier“, Oelde¹¹,

für das Zentrum sowie

- „Westdeutsches Tageblatt“, Bielefeld,
- „Westdeutsche Rundschau“, Wuppertal,

für die FDP eingesehen werden. Sämtliche Zeitungen waren im Institut für Zeitungsforschung in Dortmund einsehbar.

Aufgrund des Umfangs der vorliegenden Arbeit wurde auf die Konzeptionen der einzelnen Parteien zum Ruhrstatut nicht eingegangen, da dies den Umfang der Arbeit gesprengt hätte.

¹¹ Leider nur unvollständig, da im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, nicht die gesamte Ausgabe bis 1949 vorhanden ist.